



GEWALT in HAINBURG



GEWALT IN HAINBURG - MITTEL ODER SELBSTZWECK

In diesem Artikel möchte ich das Geschehen in der Stopfenreuter Au weder vom wirtschaftlichen noch vom politischen Standpunkt aus betrachten, sondern mir geht es hier vor allem um das Problem, das der Einsatz von Gewalt in dieser Sache brachte.

Ich befand mich bereits seit Sonntag dem 16.12. im Lager 3 in der Au. Mittwoch früh erfuhren wir, daß schon wieder mit der Rodung einer Teilfläche der Au begonnen worden war und daß sich ca. 500 Exekutivbeamte im Einsatz befänden. Wir gingen darauffin sofort zum Rodungsplatz, um durch gewaltfreie Aktionen und zivilen Ungehorsam die Rodung zu be- oder verhindern.

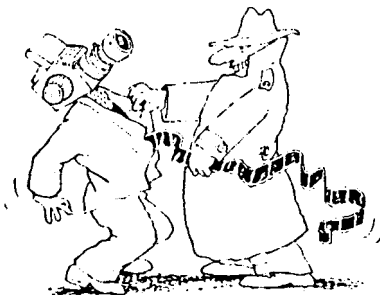


Dort angekommen sahen wir, daß das Waldstück in dem gerodet wurde von Polizei- und Gendarmen dicht umstellt war. Die Beamten standen Schulter an Schulter nebeneinander. Wir versuchten nun mit ihnen ins Gespräch zu kommen und gingen daher bis unmittelbar vor die Absperrung, die auch noch zusätzlich durch einen Stacheldraht abgesichert worden war. Dort erklärten uns die Beamten, daß wir uns in einem Sperrgebiet befänden und forderten uns auf dieses sofort zu verlassen. Wir blieben aber trotzdem stehen und versuchten weiterhin mit den Personen der Exekutive Kontakt aufzunehmen. Unsere Gruppe bestand aus ca. 100 Personen.

Nachdem wir durch ein Megaphon dreimal aufgefordert worden waren uns zu entfernen, übersprang der Räumungstrupp der Polizei mit Schutzhelmen und mit Gummiknüppel bewaffnet den Stacheldraht und schlug sofort auf die in den vorderen Reihen stehenden Personen ein, unter denen auch ich mich befand. Wir versuchten nur unseren Kopf mit den Händen vor den wuchtigen Schlägen zu schützen, wehrten uns aber überhaupt nicht. Auf diese Weise wurden wir ca. 100 Meter zurückgedrängt. Während dieses Einsatzes wurde die Räumungskette mittels eines Megaphones geleitet.

Nach dieser Aktion, die in uns eine große Bestürzung und Verzweiflung hervorrief, zog sich die Einsatztruppe wieder zurück. Wir folgten ihr trotz unserer Angst und setzten uns in ca. 20 Meter Entfernung vom Stacheldraht auf den Boden. Obwohl wir keine Anstalten machten irgendetwas zu unternehmen, wurde auf uns unmittelbar danach wieder losgeprügelt. Die Polizisten der Räumungstruppe schlugen auf die sitzenden Naturschützer ein. So gelang es den Beamten schließlich uns ganz aus diesem Gebiet zu vertreiben. Infolge der vielen Schläge wurden mehrere Demonstranten verletzt. Soviel ich gesehen habe, wurde von keinem Demonstranten Gewalt gegen die Exekutive angewendet; dafür verbürge ich mich.

Am meisten schockierte mich, daß ein Beamter einem Naturschützer den Fotoapparat entrissen hatte und sich mit diesem zurückzog. Das Abnehmen der Fotoapparate durch Exekutivorgane ist nämlich in einer Demokratie, in der die Pressefreiheit garantiert ist, unter keinen Umständen mehr vertretbar. Wenn die Exekutive für den Fall, daß die Fotos an die Öffentlichkeit gelangen würden um ihren Ruf fürchtete, schließt das ein, daß sie sich ihren Unrechts gegenüber den Personen die von ihr geschlagen wurden, teilweise bewußt war; trotzdem schlug sie weiter. Daraus erkennt man, daß an diesem Mittwoch Gewalt über ein von der Exekutive selbst als notwendig erachtetes Maß



hinaus ausgeübt wurde; teilweise sicher nur auf Grund von Haß und Aggressionen gegenüber den Naturschützern.

Den Konflikt um das Kraftwerk zu lösen wäre sicherlich Aufgabe der Politiker gewesen. Sie sahen sich der Aufgabe aber nicht gewachsen und schoben die Verantwortung der Exekutive zu. Diese sollte den Bau des Kraftwerkes mit Gewalt ermöglichen. Man hatte das Verhandeln aufgegeben und wollte den Konflikt nun mit Gewalt lösen. (Was, wie sich gezeigt hat aber in keiner Weise gelungen ist)

Die Exekutive hatte nun den Auftrag die Rodungsarbeiten ungehindert zu ermöglichen und das trotz über tausend Au-Schützern, die bereit waren zivilen Ungehorsam zu begehen; nicht aber Gewalt anzuwenden. Das war sicher keine leichte Aufgabe für die Beamten. Sie standen einerseits zwischen dem Auftrag der Regierung, mit Gewalt durchzugreifen, also auch mit Gesprächsbereitschaft und gewaltlose Haltung der Naturschützer.



Zwischen Exekutivorganen und Demonstranten fand ein teilweise intensiver Meinungsaustausch statt, der die Einstellung der Beamten zum Geschehen in der Au sicher auch beeinflusste. So gab es viele Beamte, die auch bei den Räumungsaktionen versuchten ohne Gummiknüppel auszukommen. Sie redeten auf die Demonstranten ein oder zogen sie aus dem Sperrgebiet. Andere wiederum warteten förmlich auf den Befehl zur Räumung, um endlich los schlagen zu können; um endlich auf Kosten der dort demonstrierenden Menschen ihren Haß und ihre Aggressionen abzubauen. Es war für sie kein Problem auf dem Boden liegende, schreiende und weinende Menschen einzuschlagen, deren einziges Vergehen es war, sich in einem Sperrgebiet aufzuhalten.

Von paramilitärischen Kreisen wird vielfach gegen die gewaltfreie Verteidigung argumentiert, indem man behauptet, es sei sehr unwahrscheinlich, daß eine große Anzahl von Menschen in einem Krisenfall die Disziplin bewahrt und auf Gewalt verzichtet. Hainburg ist ein Beispiel: Hier wurde trotz unnötiger Eskalation der Gewalt seitens der Exekutive die Disziplin bewahrt und am Grundprinzip festgehalten, d. h. auf jede Form von Gewalt verzichtet.

Gewalt ist jede Art von Zwang, der sich direkt oder indirekt gegen Menschen richtet. So kann man das Durchschneiden von Stacheldränen oder das Aufknacken von Zaunschlössern nicht als Akt der Gewalt, sondern nur als Übertretung eines Gesetzes und somit als zivilen Ungehorsam bezeichnen.

Die Vorfälle um das Kraftwerk Hainburg sind ein weiterer Beweis dafür, daß Gewalt als Mittel der Konfliktlösung unbrauchbar und unmenschlich ist.

Johannes Eder

